

Auch die *Federal Reserve* (Fed) zieht sich aus der globalen Klima-Koalition zurück!

geschrieben von Chris Frey | 23. Januar 2025

[Charles Rotter](#)

In den letzten Wochen hat sich die klimapolitische Landschaft deutlich verändert. Institutionen, Regierungen und Unternehmen beginnen, von den ehrgeizigen, aber wirtschaftlich fragwürdigen Klimaverpflichtungen Abstand zu nehmen, die sie im letzten Jahrzehnt eingegangen sind. Zwei wichtige Entwicklungen unterstreichen diesen Rückzug: der [Austritt](#) der US-Notenbank aus dem Network of Central Banks and Supervisors for Greening the Financial System (NGFS) und der [Rückzug](#) von BlackRock aus der Net Zero Asset Managers-Initiative (NZAM) und die anschließende Aussetzung der Aktivitäten. Diese öffentlichkeitswirksamen Entscheidungen und ähnliche Schritte auf der ganzen Welt deuten auf eine wachsende Einsicht in die wirtschaftlichen Schäden hin, die durch eine kostspielige, unwirksame und überzogene Klimapolitik verursacht werden.

Die *Federal Reserve*: Kein Klima-Polizist

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat ihren Austritt aus der NGFS bekannt gegeben – einer Koalition von Zentralbanken, die 2017 gegründet wurde, um klimabedingte Risiken in Finanzsystemen zu bekämpfen – und damit einen Schock ausgelöst. Unter Berufung auf ihr begrenztes gesetzliches Mandat stellte die Fed klar, dass sie nicht für die Gestaltung der Klimapolitik zuständig sei. Der Fed-Vorsitzende Jerome Powell hat diesen Punkt wiederholt betont und erklärt, dass Klimafragen in die Zuständigkeit des Kongresses und nicht der Zentralbank fallen.

Die NGFS, die sich das hehre Ziel gesetzt hat, Klimarisiken in die Geldpolitik zu integrieren, hat sich zunehmend politisiert. Seine Verlagerung auf breitere Mandate – im Wesentlichen die Förderung grüner Agenden gegenüber soliden wirtschaftlichen Grundsätzen – kollidiert mit der Verantwortung der Fed für die Wahrung der Geldstabilität. Der Ausstieg erfolgt inmitten einer allgemeinen Skepsis der USA gegenüber klimabezogenen Vorschriften, insbesondere im Finanzsektor, wo deren Potenzial gut dokumentiert ist, Branchen zu stören und Kosten in die Höhe zu treiben.

BlackRock, der Finanz-Superriese, verlässt die Klima-Bühne

BlackRock, der größte Vermögensverwalter der Welt, hat sich kürzlich aus der NZAM zurückgezogen, die daraufhin zusammenbrach. Diese Koalition zielte darauf ab, Finanzinvestitionen auf das nebulöse Ziel

auszurichten, Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Der Ausstieg von BlackRock spiegelt jedoch eine umfassendere Realität wider: Diese Klimainitiativen sind nicht nur politisch heikel, sondern auch in keiner Weise mit der finanziellen Leistung und den Kundeninteressen in Einklang zu bringen.

BlackRock sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt, insbesondere von republikanisch geführten Bundesstaaten in den USA, weil das Unternehmen ökologischen, sozialen und Governance-Initiativen (ESG) Vorrang vor treuhänderischen Aufgaben einräumte. Florida, Texas und andere Bundesstaaten warfen BlackRock vor, die traditionelle Energiewirtschaft zu untergraben und Ressourcen von wirtschaftlich rentablen Unternehmungen abzuziehen. Tennessee hat BlackRock kürzlich vor Gericht [verklagt](#). Dieser Druck hat einen Dominoeffekt ausgelöst, da auch andere Institutionen ihr Engagement für Netto-Null-Koalitionen überdacht haben.

Konzerne geben ehrgeizige Klima-Versprechen auf

Der Rückzug ist nicht auf die Finanzinstitute beschränkt. In der Unternehmenswelt haben Unternehmen wie BP und Shell ihre grünen Initiativen stillschweigend zurückgeschraubt und der kurzfristigen Rentabilität den Vorrang vor unrealistischen Kohlenstoff-Reduktionszielen eingeräumt. BP hat vor kurzem seine Offshore-Windprojekte [aufgegeben](#), während Shell seine Investitionen in erneuerbare Energien drastisch gekürzt hat. Beide Unternehmen haben eine Rückkehr zu traditionellen Energiequellen signalisiert, da Energiesicherheit und Rentabilität Vorrang vor der Klimapolitik haben, was auf einen **grundlegenden Fehler in der Klimapolitik zurückzuführen ist: die Nichtanerkennung wirtschaftlicher Realitäten. Erneuerbare Energien sind nach wie vor stark von Subventionen abhängig, während Öl und Gas – trotz jahrzehntelanger Verteufelung – nach wie vor die Weltwirtschaft antreiben. Der Versuch, fossile Brennstoffe vorzeitig auslaufen zu lassen, ohne sie zu ersetzen, hat sich als katastrophal erwiesen, wofür die Energiekrise in Europa ein krasses Beispiel ist.**

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die Kosten eines ehrgeizigen Klimaschutzes: Eine Abrechnung für Regierungen

Die weltweite Abkehr von den Klimaverpflichtungen ist ein Zeichen für die längst überfällige Anerkennung der tatsächlichen Kosten dieser Politik. Länder, die enthusiastisch Netto-Null-Ziele verfolgten, haben nun mit steigenden Energiepreisen, schwächelnden Volkswirtschaften und öffentlicher Unzufriedenheit zu kämpfen. **Deutschland, das einst als Vorreiter in Sachen grüner Energie gepriesen wurde, sieht sich mit explodierenden Stromkosten und Industrieflucht konfrontiert**, da energieintensive Industrien in günstigere Regionen abwandern. In ähnlicher Weise hat die Klimapolitik der britischen Regierung den Zorn sowohl von Unternehmen als auch von Haushalten auf sich gezogen, die

durch steigende Lebenshaltungskosten belastet sind.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die USA sind gegen diese Auswirkungen nicht immun. Ein [Bericht](#) des Congressional Budget Office schätzt, dass die im Rahmen des Inflation Reduction Act beschlossenen Subventionen für saubere Energie in den nächsten zehn Jahren 825 Milliarden Dollar kosten werden – ein schwindelerregendes Preisschild für Maßnahmen, die wahrscheinlich keine nennenswerte Senkung der globalen Temperaturen bewirken werden. Diese Kosten wirken sich unverhältnismäßig stark auf Haushalte der Arbeiterklasse aus, muss diese doch die Hauptlast der höheren Energierechnungen und der Inflation tragen.

Im Mittelpunkt dieses Wandels steht die Erkenntnis, dass die Klimapolitik zu einer kostspieligen Übung in Tugendhaftigkeit verkommen ist. Sie verlangen enorme wirtschaftliche Opfer, ohne dass die Auswirkungen auf die globalen Temperaturen messbar sind. Schlimmer noch, diese Maßnahmen verschärfen oft bestehende Probleme wie Energieunsicherheit, Unterbrechungen der Versorgungskette und Inflation.

Darüber hinaus hat die Politisierung der Klimawissenschaft und -politik den Widerstand angeheizt. Institutionen und Regierungen stellen zunehmend in Frage, ob es sinnvoll ist, sich mit Initiativen zu verbünden, die ideologischen Zielen Vorrang vor wirtschaftlichen und praktischen Erwägungen einräumen. Wie der Ausstieg der US-Notenbank aus dem NGFS zeigt, können es sich mit spezifischen Aufgaben betraute Organisationen nicht leisten, sich von klimabezogenen Bestrebungen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ablenken zu lassen.

Der richtige Weg nach vorn: Ein pragmatischer Ansatz für Energie und Politik

Das Zerschlagen dieser großen Klimakoalitionen bietet die Gelegenheit, die Prioritäten neu zu bewerten. Die Weltwirtschaft braucht eine Energiepolitik, die sich an der Realität orientiert – und nicht an utopischen Idealen. Die politischen Entscheidungsträger sollten auf weitreichende Vorschriften verzichten und sich stattdessen auf die Gewährleistung von Energiezuverlässigkeit, Erschwinglichkeit und Innovation konzentrieren.

Letztlich unterstreicht der Rückzug aus der Klimapolitik eine unbequeme Wahrheit: Die entsprechenden Initiativen sind teuer, ineffektiv und zunehmend nicht nachhaltig. Die Finanz- und Unternehmenswelt wird sich dieser Realität bewusst, und die breite Öffentlichkeit ist nicht weit davon entfernt. Es ist zu hoffen, dass immer mehr Institutionen vom Klimazug abspringen und dies den Beginn eines rationaleren, wirtschaftlich vernünftigen Ansatzes für Energie- und Umweltprobleme markiert.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/01/19/federal-reserve-withdraws-from-global-climate-coalition/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE